

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesfa.
General Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meißen bestellungsweislich bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1500.
Circuloff:
Riesfa Nr. 52.

Nr. 152.

Freitag, 3. Juli 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Jahres von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 40 mm breite, 8 mm hohe Werkschrift-Zeile (6 Stellen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Plakatszeile 100 Gold-Pfennige; getraudender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Platte eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Uchtlagige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Postamtes oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Ferdinand Leichgräber, Riesfa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesfa.

Einem befriedigenden Ende entgegen.

Von England vorgeschlagene Konferenz der Gläubigermächte in London durch Frankreich abgelehnt.

Nochmals verfragt

Paris, 3. Juli.

Die Agentur Havas veröffentlicht über die am Donnerstag stattgefundenen amerikanisch-französischen Verhandlungen folgendes Communiqué:

Finanzminister Flandin hat am Donnerstagmorgen mit dem amerikanischen Staatssekretär Mellon eine lange Besprechung gehabt. Ueber das Ergebnis dieser Zusammenkunft wird von eingeweihten Kreisen das strengste Stillschweigen bewahrt. Man hat jedoch den Eindruck, daß im Laufe dieser direkten Besprechung sich die Verhandlungen relativ befriedigend entwickelt haben und daß es möglich sei, daß das Zustandekommen einer Einigung dadurch erleichtert werde. Die französisch-amerikanischen Verhandlungen werden am Freitagvormittag um 10 Uhr im Laufe der Vollkonferenz wieder aufgenommen werden.

Im übrigen ist aus politischen Kreisen bekannt geworden, daß die Vertagung der französisch-amerikanischen Konferenz auf Freitag auf einen Wunsch Mellons zurückzuführen sei. Weiter berichtet die Agentur Havas noch, ein Mitglied der französischen Regierung, das an den Verhandlungen teilnimmt, habe in den Wandelgängen der Kammer erklärt, die französischen Minister würden Freitagabend 21.30 Uhr eine Zusammenkunft mit dem amerikanischen Botschafter Edge haben.

Washington warnt

Washington, 3. Juli.

Das Staatsdepartement wartet das Ergebnis der neuen Besprechungen zwischen Mellon und Laval ab in der Hoffnung, daß die französische Regierung sich nicht den Argumenten des am Mittwoch überreichten Memorandums verschließen wird. Es wurde nochmals betont, daß man im Falle des Scheiterns der Pariser Verhandlungen in sehr kurzer Zeit mit einem Moratoriumsantrag Deutschlands sowie sogar damit rechnen müsse, daß die Reichsregierung nicht einmal den ungeschätzten Teil der Reparationen in der Währung der Gläubigerstaaten transferieren könne.

... und ist optimistisch

Nach einer langen Konferenz mit Hoover erklärte am Donnerstagabend der stellvertretende Staatssekretär Castle, die Verhandlungen in Paris dauern in ausgezeichneter Atmosphäre an und wie sich sehr optimistisch über ihren Ausgang.

Der stellvertretende Staatssekretär Mills und der Senator Morrow nahmen ebenfalls an der Konferenz im Weißen Hause teil und begleiteten nach ihrer Beendigung Castle in das Staatsdepartement, um dort die Diskussion fortzusetzen.

Zu der Berliner Meldung, der amerikanische Botschafter hätte Reichsaussenminister Curtius ersucht, wenn möglich auf eine Vermeidung von Stahlhelm- und anderen Demonstrationen einzuwirken, um die französische öffentliche Meinung zu beruhigen, erklärte das Staatsdepartement, daß Botschafter Sackett von Washington keine derartigen Anweisungen erhalten habe. Er habe auch nicht nach Washington berichtet, daß er einen solchen Schritt plane oder schon unternommen habe.

Berschiedene Auffassungen.

London. Im Gegensatz zu den optimistischen Äußerungen der französischen Blätter meldet der französische Korrespondent des "Daily Telegraph" aus Paris: Einigen mehreren Presseberichten scheinen keine wirklichen Fortschritte in den Verhandlungen gemacht worden zu sein. Die Frage des Garantiefonds des französischen Anteils an den ungeschätzten Annuitäten bietet anscheinend noch immer unüberwindliche Schwierigkeiten. Die französischen Minister beharren fest auf dem Standpunkt, daß sie dieser Frage keinerlei Zugeständnisse machen können. In den anderen Punkten sind sie bereit, die Möglichkeit von Kompromissen zu prüfen.

Der Pariser Korrespondent des Daily Express will wissen, daß es in einigen Hauptpunkten zwischen den französischen und amerikanischen Unterhändlern zu einer provisorischen Vereinbarung gekommen sei.

Daily Mail ist der Meinung, daß das britische Angebot einem Abbruch der Verhandlungen verhindert habe.

Optimismus des Matin.

Paris, 3. Juli. Matin trägt heute einen ganz ausgesprochenen Optimismus zur Schau. Das Blatt schreibt, daß man das Abgange der gestrigen Besprechung zwischen den amerikanischen und den französischen Unterhändlern lediglich auf die Überlastung der französischen Minister mit parlamentarischen Arbeiten zurückzuführen habe, aber keineswegs daraus folgern dürfe, daß neue Schwierigkeiten aufsteht seien. Im Gegenteil, der Ministerrat habe schon gestern vormittag auf Grund einer eingehenden Prüfung der amerikanischen Denkschrift feststellen können, daß die Ansichten beider Regierungen sich immer weiter näherten. In gut unterrichteten Kreisen scheint man mit dem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen binnen zwei oder drei Tagen zu rechnen. Die französische Regierung sei dem Zusammentritt einer Konferenz der Hauptgläubigermächte des Youngplans keineswegs abgeneigt. Die von der englischen Regierung angeregte Hochenzusammenkunft in London habe sie aber eben wegen ihrer Verbindung durch die parlamentarischen Arbeiten nicht annehmen können. Wenn die Konferenz wirklich notwendig werden sollte, um einen Mißerfolg der schwebenden Verhandlungen zu vermeiden, könne sie ja auch in Paris stattfinden. Wenn später noch eine dezidierte Zusammenkunft in England abgehalten werden sollte, dann nach dem abschließenden Abschluß der französisch-amerikanischen Verhandlungen, und zwar zu dem Zweck, allgemeine politische Fragen zu erörtern. Nach allgemeiner Ansicht sei das einzige wirkliche heikle Problem, das noch bei den gegenwärtigen Verhandlungen zu lösen bleibe, das des Garantiefonds. Aber auch hier — genau wie in anderen Fragen — scheint eine befriedigende Lösung sich anzubahnen.

Ein Vorschlag für Begrenzung der Garantiefumme

Paris. Der Washingtoner Korrespondent des Petit Parisien meint, die Verhandlungen zwischen den verschiedenen Mächten des Youngplans über den Garantiefonds könnten durch die offizielle amerikanische Erklärung erleichtert werden, daß man Frankreich auffordere, "höchstens" 600 Millionen Mark zu deponieren. Denn das würde darauf hindeuten scheinen. Die Mächte würden sich also dahin verständigen, wenigstens vorläufig die Garantie auf eine geringere Summe zu begrenzen, ohne den Wortlaut des Youngplans zu verletzen.

Der Stand der Verhandlungen.

Berlin. (Funkpruch.) Die zunächst in einigen Berliner Spätabendblättern veröffentlichten und heute auch in einigen Zeitungen des Reiches wiederkehrenden Meldungen, die in mehr oder minder präziser Form von einer vorläufigen Einigung zwischen Frankreich und Amerika über den Hooverplan und zwar auf der Grundlage einer französischen Zustimmung zu der Rückzahlung der gestundeten Annuitäten in einem Zeitraum von 25 Jahren und eines französischen Verzichts auf Kreditabwertungen aus der Annuitäten für außerdeutsche Länder wissen wollten, haben sich als unzutreffend erwiesen. Was über den Stand der Verhandlungen positiv zu sagen ist, das steht in der bereits veröffentlichten Havas-Verlautbarung, in dem von dem Eindruck gesprochen wird, daß im Verlauf der direkten Besprechung zwischen Flandin und Mellon die Verhandlungen sich relativ befriedigend entwickelt und wohl das Zustandekommen einer Einigung erleichtert haben. Dem entspricht die ebenfalls bereits bekannte Erklärung des amerikanischen stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen, die lautete, die Verhandlungen in Paris dauerten in ausgezeichnete Atmosphäre an "und wir sind sehr optimistisch in bezug auf ihren Ausgang". Eine zuverlässige Note ist schließlich auch das Signum der heutigen Pariser Morgenblätter, die aber im übrigen erkennen lassen, daß die endgültige Vereinigung der Streitpunkte noch nicht erfolgt ist. Es heißt ja auch, daß die Fortsetzung der amerikanisch-französischen Besprechungen, die zunächst gestern abend aufgehoben und ohne Bestimmung der Stunde auf heute abend verschoben worden sind, nicht vor heute abend beginnen dürfte. Immerhin kann bei aller Vorsicht wohl gesagt werden, daß die französisch-amerikanischen Verhandlungen einem befriedigenden Ende entgegenzugehen scheinen. Allem Anschein nach hat sich die Zahl der zu lösenden Fragen fast vermindert und steht vornehmlich nur noch das Problem der Verhandlung des von Frankreich zu stellenden Garantiefonds bei der auf für internationale Zahlungen zur Debatte. Wie man erwartet, dürfte die Lösung vielleicht in der Richtung einer wechselseitigen Garantie der Beteiligten, die französische Einzahlung nicht in Anspruch zu nehmen,

liegen, wodurch die französischen Beschränkungen beschwichtigt werden können. Ob die endgültige Einigung schon heute oder morgen erfolgt, läßt sich im Augenblick noch nicht absehen.

Ablehnung des englischen Konferenzvorschlages

London, 3. Juli.

Reuter meldet aus Paris: „Wie verlautet, hat Frankreich den Vorschlag der britischen Regierung, eine Konferenz der Signatarmächte des Young-Plans nach London einzuberufen, abgelehnt und eine Konferenz in Paris statt in London vorgeschlagen.“

Der Vorschlag der britischen Regierung.

London. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph meldet, die Anregung der britischen Regierung war, wie verlautet, den Mächten auf diplomatischem Wege mitgeteilt worden.

Newport Times

Über eine amerikanisch-französische Verständigung.

Newport. (Funkpruch.) Die Newporter Morgenblätter betonen auf der ersten Seite und in Leitartikeln, daß in den nächsten Tagen eine Verständigung mit Frankreich zu erwarten sei. Die Times schreibt in ihrem Leitartikel unter der Überschrift "Höfliche Aktion unmöglich" die Ankündigung der englischen Regierung, sie sei zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz über den Hooverplan bereit, dürfte eher als eine freundschaftliche Ermahnung an Frankreich aufzufassen sein, daß die ganze Angelegenheit der Bestimmungsmöglichkeit durch die einzelnen Nationen bereits ertrübt sei. Das offenbare Bestreben der französischen Regierung, mit Washington zu einer Verständigung zu kommen, sollte durch den persönlichen Geist der amerikanischen Note erleichtert werden. Man müsse sich vor allem vor Augen halten, daß die ganze Welt beruhigende Bewegung sich fortentwickle; dieser Bewegung gegenüber könne keine Nation ihren Willen diktieren, da sie längst jeder lokalen Kontrolle entwichen sei. In Paris werde Mellon sich mit Benjamin Franklin vergleichen und es empfehle sich auch an Franklins Ausspruch zu denken: „Wenn wir nicht alle zusammenhängen, werden wir einzeln hängen“. Dieser Spruch treffe in hohem Maße auf die Nationen zu, die Gefahr laufen, getrennt auseinanderzubrechen, sobald sie nicht zusammenarbeiten wollen. Niemand hätte dieses Lafter beirufen als Mussolini, der dem Hooverplan sofort zugestimmt und für Italien in Kraft gesetzt habe. Auch die französische Regierung besitze nicht auf einer Ablehnung der zuletzt ergangenen Vorschläge Hoover's.

Amerikanische Kredite

Für die notleidenden Südeuropäischen Länder?

London, 3. Juli. Der Times-Korrespondent in Washington meldet: Gestern nachmittag wurden der Gouverneur der Bundesreservebank Meyer und der Handelssekretär Lamont ins Weiße Haus gebeten. Man glaubt, daß die Frage der Beschaffung von Krediten für die Länder Europas, die unter dem von Hoover vorgeschlagenen Aufschub der deutschen Zahlungen leiden würden, Gegenstand der Besprechungen gewesen ist. Die Beschaffung solcher Kredite, meint der Korrespondent, würde es vermutlich Frankreich ermöglichen, seinen Vorschlag zurückzuziehen, daß die BR, das von Deutschland eingezahlte Geld nicht nur an Deutschland, sondern auch an andere Länder wieder verleihen soll.

Benizelos reißt nach London.

London. Times meldet aus Athen: Ministerpräsident Benizelos wird am 10. Juli nach London abfahren, wo er eine Zusammenkunft mit Henderson haben wird, bevor dieser am 14. Juli nach Paris abreist. Benizelos wird den griechischen Standpunkt gegenüber dem Hooverplan erläutern und darauf, daß für Griechenland die Annahme des Kriegsschuldennormatoriums unmöglich sei. Benizelos hofft, in London auch mit Staatssekretär Stimson zusammenzutreffen.